

Bezugspreis:

Bestellpreis 30.- M., monatlich 10.- M. ...

Anzeigenpreis:

Die achtzehnjährige Konrad-Beckle ...

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.

Mittwoch, den 16. Juni 1920

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.

Die Krise vor der Lösung?

Wie wir erfahren, sind die Verhandlungen über die Bildung einer Regierung der bürgerlichen Mitte im Laufe des heutigen Vormittags weiter fortgeschritten und scheinen jetzt unmittelbar vor dem Abschluss zu stehen.

Gewerkschaften und Regierungsbildung.

Das „Korrespondenzblatt“ der Gewerkschaften veröffentlichte in seiner letzten Nummer einen Aufsatz, der sich für die Aufrechterhaltung der bisherigen Koalition zwischen Sozialdemokratie, Zentrum und Demokraten erklärte.

Stadtfinanzen und Wahlen.

Von Hugo Poetsch.

Es ist hier schon oft gesagt worden, daß der Kommunalpolitiker den Vorgängen im Berliner Stadthaus, von der Berliner Bevölkerung und selbst von unseren Parteigenossen nicht immer die genügende Beachtung geschenkt wird.

Einberufung des Reichstags.

Zusammentritt am 24. Juni.

Berlin, 16. Juni. (Amtlich.) Der Präsident der Nationalversammlung erläßt folgende Bekanntmachung: Auf Grund der Artikel 27 und 180 der Verfassung wird der neugewählte Reichstag berufen, am Donnerstag, den 24. Juni 1920, nachmittags 3 Uhr, zusammenzutreten.

Der Präsident der Nationalversammlung: Fehrenbach.

Was wird in Mecklenburg?

Niederlage und Aufgabe der U. S. P.

Auch in Mecklenburg-Schwerin, wo am 13. Juni die Landtagswahlen stattfanden, haben die Unabhängigen zu entscheiden, ob das Land wieder den Junkern und ihren Vasallen ausgeliefert werden oder eine sozialistische demokratische Regierung amlen soll.

Table with 2 columns: Party name and votes. Includes Sozialdemokraten, Unabhängige, Kommunisten, Demokraten, Deutsche Volkspartei, Deutschnationale, and Dorfbund.

Auf je 1000 Stimmen fällt ein Mandat; ist der verbleibende Rest mehr als die Hälfte von 3000, so zählt er für voll.

Die Rechtsparteien haben insgesamt 29 Sitze, die bisherige Koalition (Sozialdemokraten und Demokraten) hat dagegen 30 Sitze. Die Unabhängigen bilden, da eine rein sozialistische Mehrheit nicht vorhanden ist, das Bindeglied an der Wage.

Das endgültige Resultat.

Schwerin, 16. Juni. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Die Niederlage der Unabhängigen in Mecklenburg stellt sich nach dem Endergebnis der letzten Wahlen als noch größer heraus, als ursprünglich angenommen wurde.

Der Arbeitermord von Thal.

Kassel, 16. Juni. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Unter dem Vorhild des Kriegsverdachts Reif begannen gestern vor dem Kriegsgericht der 22. Division die Verhandlungen gegen die Marburger Studentenzeitungswilligen. Vertreter der Anklage ist Dr. Duren, Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Böttgenrube.

die meisten ehemalige Offiziere. Sie sind sämtlich Studenten. Der Hauptangeklagte Goebel ist 20 Jahre, aktiver Offizier a. D. und Student der Rechte. Er sagt aus:

Am Morgen des 14. März erhielt ich den Befehl, die in Thal festgenommenen in einer Entfernung von 500-1000 Meter hinter dem auf Göttha markierenden Bataillon zu führen.

Häftlinge wurden zu Zweiten geführt, ausgenommen der zuerst festgenommene Hornschuh, rechts und links je ein Begleitmann. Der erschossene Hornschuh, welcher als besonders gefährlich eingeschätzt wurde, wurde am Ende des Zuges von drei Bewachungsleuten geführt.

Dann kamen wir in Rechterhand an. Da hier eine Stodung in dem marschierenden Bataillon eingetreten war, mußten wir, um den bevorstehenden Abstand wieder herzustellen, halten, wobei die hingekommene Bewachung eine drohende Haltung einnahm und sich erst, nachdem wir gedroht hatten, von unserer Schußwaffe Gebrauch zu machen, langsam zurückzog.

Als wir, um den Anschluß an das Bataillon nicht zu verlieren, eilig weiter marschierten und den übrigen acht Gefangenen Vorhaltungen über das Unzumutbare eines Fluchtversuchs machten, rissen alle plötzlich wie auf Kommando aus, einige nach vorn, die anderen rückwärts.

Es folgt dann die Vernehmung der Angeklagten Engelbrecht, Zahn und Kraß, welche den zuerst erschossenen Hornschuh zu bewachen hatten. Engelbrecht gibt an, daß er als letzter etwas zurückblieb, um sich eine Zigarette anzuzünden. Bei dieser Gelegenheit sei Hornschuh entflohen. Die Aussagen der beiden anderen Angeklagten stimmen ziemlich mit denen Engelbrechts überein.

Da das Gericht am folgenden Tage die Verhandlungen an dem Totort fortsetzen will, wurden die Verhandlungen in Marburg abgebrochen. Am Donnerstag sollen dann die Zeugenvernehmungen stattfinden, die wohl ziemlich umfangreich sein werden, da 40 Zeugen geladen sind.

Nun liegt es mir durchaus fern, den Beamten noch den Angestellten und Arbeitern ihre hohen Löhne und Gehälter vorzurechnen oder gar ihnen Vorhaltungen wegen ihrer Forderungen zu machen. Es gibt jetzt so leicht keine Forderung nach der Richtung hin, die man kurzerhand als „unberechtigt“, als „übertrieben“ hinzustellen geneigt sein könnte.

Was aber der Abgeordnete der Gemeinde niemals außer acht lassen darf: Er muß sich stets daran erinnern, daß er nicht lediglich die Interessen einer einzelnen Gruppe von Bürgern, sondern daß er die der Allgemeinheit zu vertreten hat. Sein Handeln darf nicht beeinflusst sein von agitatorisch parteipolitischen Rücksichten, wie die Unabhängigen es lediglich tun — wenn es um die Wirkung nach außen geht, im stillen Kämmerlein der Deputationen und Ausschüsse können auch sie häufig den gegebenen Notwendigkeiten sich nicht entziehen —, sondern der Vertreter der Gesamtheit hat genau zu prüfen und die gegenseitigen Interessen gegeneinander abzumägen.

Mit welcher unglaublichen Leichtfertigkeit sehen sich beispielsweise auch die Unabhängigen in der Regel über die Deutungsfragen hinweg. Sie wissen, daß bei der Gemeinde auch jede Ausgabe durch entsprechende Einnahmen gedeckt sein muß. Ich erinnere an die hier schon behandelte Frage der Zuschläge zur Einkommensteuer von 50 Proz. In den Versammlungen rühmen sie sich dessen. Ebenso liegt es bei den städtischen Werken. Werden die Löhne der Gasarbeiter erhöht, steigen die Preise der Kohlen und der sonstigen Rohstoffe und Materialien, so muß wohl oder übel eine Erhöhung der Gaspreise folgen.

An den Wählern liegt es durch Abgabe der Stimme am Sonntag dafür zu sorgen, daß nicht in der Gemeinde die

selbe unglückselige Situation geschaffen werde, wie sie zurzeit im Reich besteht. Nicht den Rechtsparteien, die dem weiteren Fortschritt sich entgegenstellen, nicht den Unabhängigen, die von der Verantwortung sich drücken, die nur ihr Parteiinteresse im Auge haben, gebührt die Stimme, sondern der sozialdemokratischen Liste, der Liste Seimann.

Die neue Wendung der Krise.

Die leichte Klärung, die durch die Verhandlungen des Zentrumsabgeordneten Trimborn eingeleitet ist, veranlaßt die reaktionäre Presse, endlich einmal etwas anderes zu schreiben, als von der bösen Sozialdemokratie, die nicht mehr mitspielen wolle, und von dem Parteigegensatz, den sie angeblich turnhoch über den Vaterlandsgedanken erhebe. Die Deutschnationalen präzisieren in einer Erklärung ihre Stimmabgabe dahin, daß sie zu einer Mitwirkung an der Regierungsbildung zusammen mit den bürgerlichen Parteien durchaus bereit seien. Ihr gekränktes Gemüt, noch nicht darum gebeten worden zu sein, entläßt seinen Schmerz in folgenden Sätzen:

An die deutschnationale Fraktion hat sich bis zur Stunde keiner der mit der Regierungsbildung betrauten Herren mit dem Entschluß um Teilnahme an den Verhandlungen gewandt. Das muß um so mehr befremden, weil durch die veröffentlichten Erklärungen der Partei und durch die Haltung, die von deutschnationaler Seite seit den Wahlen eingenommen ist, die Bereitwilligkeit der Partei feststeht, den Bedürfnissen des Vaterlandes gerecht zu werden.

Die Wut, nicht befragt worden zu sein, kommt in einem Artikel des Herrn Wulle in der „Deutschen Zeitung“ zum Ausdruck, der der bisher so eng befreundeten Deutschen Volkspartei ihren Ruhmestitel wegnimmt und seine, die antisemitische Deutschnationale Volkspartei als „die Partei des Wiederaufbaues“ bezeichnet.

Der Wunsch, um jeden Preis bei der Kammerverteilung und dabei zu sein, bestimmt die „Tägliche Rundschau“ zu weitgehenden Konzessionen. Es kommt ihr sogar in diesem Augenblick nicht darauf an, wesentlich Grundsätze preiszugeben. Sie schreibt:

Die monarchistische Frage steht überhaupt nicht im Mittelpunkt der Debatte, und niemand wird es heute unter ernsthaften Bedenken auf der rechten einsinken, die republikanische Verfassung durch eine monarchische zu ersetzen. Das deutsche Volk hat jetzt und für die Zukunft andere Aufgaben zu erfüllen, und die monarchische Frage ist eine Angelegenheit, über die das ganze deutsche Volk zu entscheiden hätte.

Das ist für die „Tägliche Rundschau“ allerhand, und besonders erfreulich ist das Eingeständnis, daß sie selbst nicht zu den „ernsten Politikern“ zählt. Hatte sie doch seit dem Tage der Revolution nichts Dringlicheres zu tun, als nach einer Wiederkehr der Hohenzollern zu rufen.

Die in unserem heutigen Morgenblatt wiedergegebene Erklärung der Demokraten, die unter anderem Ablehnung jeden Klassen- und Rassensasses, auch des Antisemitismus forderte, löst bei der „Deutschen Tageszeitung“ ein Echo aus, das offenbar von dem Wulle'schen Appell an das „Reinlichkeitsgefühl“ diktiert ist. Das „saubere“ Blatt schreibt:

Noch dieser Leistung kann es schon kaum mehr befremden, daß auch die Ablehnung des Antisemitismus als Vorbedingung der Regierungsbildung verlangt wird; in einer Lage, wo es sich darum handelt, Deutschland vor dem Abgrunde zu retten, geben die Demokraten die Parole aus: Der Jude über das Vaterland!

Wenn die Demokraten noch eine Bestätigung der Richtigkeit ihrer Forderung verlangten, so ist sie ihnen durch diesen niedrigen Ausfall des Organs des bösehaften Maduanantisemitismus erteilt. Im übrigen dürfte die „Deutsche Tageszeitung“ jämmerlich enttäuscht sein. Sie spricht nämlich die Erwartung aus, es sei „nicht anzunehmen, daß die Deutsche Volkspartei unter das kaudinische Joch der Volkspartei des

Kaisergedankens kriechen dürfte“. Der oben zitierte Artikel der „Täglichen Rundschau“ wird sie eines Besseren belehren.

Die Deutsche Volkspartei hätte gegen einen Zentrumsabgeordneten als Reichskanzler offenbar nichts einzuwenden, wie von „herausragender volksparteilicher Seite“ dem schwerindustriellen „Kofalanziger“ mitgeteilt wird. Die Zuschrift beginnt mit den Worten:

Das, was Dr. Petersen hier ausführt, wurde von der Deutschen Volkspartei schon zu Beginn der Krise gefordert.

Das ist allerhand Entgegenkommen.

Der „Germania“ möchten wir endlich zum Ueberflus nochmals versichern, daß die ablehnende Haltung unserer Fraktion der Regierungsbeteiligung gegenüber nicht auf den Versuch einer „Konkurrenz mit den Unabhängigen zurückzuführen ist. Wie wir die unfruchtbare Negation der Unabhängigen von der ersten Stunde der Krise an aus schärfste verurteilt haben, so bedauern wir auch heute noch die von kleinlichsten Interessen diktierte Sabotagepolitik dieser Partei. Wenn wir mit den Bürgerlichen nicht mitgehen, so geschieht das — auch das ist schon oft genug gesagt worden — nicht im Interesse irgendeiner Partei, sondern im Interesse der Arbeiterschaft, der gegenüber wir eine Politik, deren Richtlinien entscheidend von den bürgerlichen Parteien bestimmt würden, nicht verantworten können. Diese Erwägungen sind gänzlich andere als die von der U. S. V., und damit fallen alle gegen uns erhobenen Vorwürfe haltlos in sich zusammen.

Die sozialistische Regierung.

Zum Artikel Kautskys.

Die „Freiheit“ beschäftigt sich in ihrer heutigen Morgenausgabe mit dem Artikel Kautskys über die Frage der Regierungsbildung und meint dazu, nach dem Kapp-Rutsch sei die Bildung einer reinsozialistischen Regierung an der Weigerung der Sozialdemokraten gescheitert, die eine solche Regierung für unmöglich erklärt hätten.

Die „Freiheit“ vergißt hinzuzufügen, daß die Unabhängigen und sie selbst damals diese Unmöglichkeit gleichfalls eingesehen haben. Daher ja der bekannte Plan der „reinen Arbeiterregierung“, die auch Gewerkschafter aus den Reihen des Zentrums und der Demokraten umfassen sollte.

Eine reinsozialistische Regierung könnte nur zweierlei: Entweder sie müßte das Parlament davonjagen und verfassungswidrig-diktatorisch regieren wie in Rußland — und gegen diese Methode hat man wohl auch bei den Unabhängigen starke Bedenken. Daß die Sozialdemokratie für sie nicht zu haben ist, ist hinreichend bekannt.

Oder aber die reinsozialistische Regierung müßte sich eine Mehrheit im Parlament suchen, wie in Schweden, und dann wäre sie erst recht auf die Gnade der bürgerlichen Parteien angewiesen. Sie könnte gar nicht daran denken, sozialistische Politik zu treiben, beim ersten Versuch dazu müßte sie scheitern.

Die „Freiheit“ schreibt dann weiter:

Kautsky irrt auch, wenn er meint, wir schätzen die Gefahren einer rein bürgerlichen Regierung gering. Wäre die Möglichkeit einer sozialistischen Regierung gegeben, scheiterte sie nicht schon allein an der Weigerung der Rechtssozialisten, so würde die Wahl nicht schwer werden. Aber ebenso gibt es keine Wahl, wenn es sich um den Eintritt in eine bürgerliche Koalitionsgovernment handelt. Denn bei den herrschenden Machtverhältnissen würde diese Koalition, in der die Stellung der Sozialisten ja — unter parlamentarischem Gesichtspunkt, wie momentan auch unter außerparlamentarischem — nicht stärker sein, als die in der alten Koalition, ausschließlich bürgerlicher Politik treiben, das Proletariat aber enttäuschen, verwirren und nur noch mehr spalten.

Die reinsozialistische Regierung scheitert, wie schon gesagt, nicht an den Sozialdemokraten, sondern an der Tatsache, daß

sie keine Mehrheit hat, und keine Mehrheit hat sie, weil die Unabhängigen die sozialistische Bewegung gespalten haben und der Einigung entgegenarbeiten. Will man unter diesen Umständen keine reinbürgerliche Regierung, so blieb eben nur der Versuch einer Koalition, der von beiden sozialistischen Parteien gemeinsam unternommen werden mußte. Wenn die „Freiheit“ meint, die 191 sozialistischen Abgeordneten würden in einer Koalition doch nichts ausrichten können, so stellt sie diesen und besonders ihren eigenen 80 Abgeordneten ein Armutszeugnis aus. Die unabhängigen Wähler haben sicher nicht geglaubt, solche Schlappschwänze zu wählen, als sie jene 80 Mann in den Reichstag entsandten.

Die politisch Ungeheulten.

Kritik an der U. S. V.

Die „Freiheit“ hat das große Wort gelassen ausgesprochen, daß nur Leute ohne politische Schulung die Haltung der Unabhängigen in der Regierungsfrage nicht begriffen. Als solche Leute ohne politische Schulung haben sich mittlerweile u. a. Kautsky, v. Gerlach und der unabhängige Redakteur Karl Schmidt eingestellt. Als vierter schließt sich ihnen der unabhängige Schriftsteller Hermann Fernau, der bekannte Vorkämpfer an, der in der „Berliner Volkszeitung“ schreibt:

Die Mitarbeiter der „Freiheit“ sehen zum so und so vielen Male ihre Klassenkampf- und Endzieltheorie auseinander: In jeder mit bürgerlichen Elementen durchsetzten Regierung bekämpfen wir „die politische Nachtigall des Kapitalismus“ (Dittmann), oder: In einer bürgerlichen Regierung teilnehmen, hieße für unsere Partei „sich selbst aufgeben“ (Weißfeld); oder: Die Beteiligung der U. S. V. an der Regierung „wäre eine Preisgabe unseres Programms und ein Verzicht an den Interessen derer, die der U. S. V. Stimme und Vertrauen geschenkt haben“ (Crispien). Verzeihung, Genosse Crispian, ich, der ich auch für Sie stimme, empfinde es ganz anders, gründlich umgekehrt. In den Unabhängigen sah ich bisher die entschiedensten Verteidiger der Republik und erst nachher, wenn die Republik einmal fest im Sattel lag, die Verwirklicher des Sozialismus. — Jetzt, nach der Wahl, erklären die Unabhängigen: Dadurch, daß wir die Macht und Verantwortung dem Bürgerium übergeben, aber kraft unserer Machtstellung ihm das Regieren sehr schwer machen werden, wird ein Kampf entbrennen, der die nötige Klarheit schaffen, aus der letzten Revolution vom November eine ganze machen und den schließlichen Sieg des Sozialismus herbeiführen wird.

Durch das Anwachsen der Reaktion ist die deutsche Republik in schwere Gefahr geraten. Alle Mann an Bord zu ihrer Rettung! Weg mit allen parteipolitischen und „taktischen“ Erwägungen in dieser ersten Stunde! Was gelten Parteitagbeschlüsse, Klassenkampftheorien und Parteibogmatik; wenn es ums Ganze, um Sein oder Nichtsein der republikanischen Staatsform geht? Die Wähler, die am 6. Juni für die U. S. V. gestimmt haben, wollen zunächst einmal die Republik. Denn nur die demokratische Republik kann den Boden für den vernünftigen Aufbau der sozialistischen Wirtschaft bilden. Der Regierung und Wehremacht dieser demokratischen Republik mit parteipolitischen, morgistichen oder sonstigen Spitzfindigkeiten an ihre schismatischen Feinde auskleidet, der begehrt Vertrat am deutschen Volk, Vertrat am Sozialismus.

Der Redaktion des „Vorwärts“ gehen täglich Zuschriften einfacher Arbeiter zu, die ihr Gedauern darüber ausdrücken, daß sie am 6. Juni unabhängig gestimmt haben. Die Zahl der „politisch Ungeheulten“ vermehrt sich reichend, und die politischen Schulmeister der U. S. V. predigen tauben Ohren.

Weitere Zeitungverbote im Rheinlande. Laut „Völkischer Post“ hat die Rheinlandskommission das Erscheinen des „Rufener Anzeigers“, „Kirchensholander Zeitung“, des „Völkischen Wetzlers“ in Jmeiröden, sowie der „Wegewart“ in Ederkoben ab 16. Juni auf 15 Tage verboten.

Verhinderung. Zu den in Köln verbotenen Zeitungen gehört nicht die „Köln. Ztg.“

Zwischengänge.

Von Siegfried Werderich.

Stephan ging, wie jeden Tag um die Wittagsstunde, über die Terrasse, auf der die Sonne breit lag und Tische und Stühle mit eisernen Unterstellen standen, die häßlich über den Zementboden fragten, wenn man wider sie kam und sie verdrückte, in das Gartenrestaurant hinein und setzte sich auf seinen „Platz“. Gewöhnlich sah er allein auf jener Seite des großen Saales; draußen auf der Terrasse drängten sich Großstadtmenschen, begierig, Sonne in sich einzufangen. Also fiel es ihm auf, daß heute ein Herr und eine Dame mit ihrem Kind an einem Tische vorn am Fenster saßen, die gewöhnlich, wenn sie in diesem Restaurant speisten, an einem Tische in der Mitte des Lokals Platz nahmen. Sie mußten mit einer gewissen Anstandslosigkeit heute placiert haben, mit wichtigeren Gedanken beschäftigt gewesen sein, so daß sie gar nicht merkten, daß sie sich heute an einen anderen Tisch setzten. — (Stephan hielt alle Menschen für so „ordentlich“ wie sich selbst!)

Zufällig schien etwas nicht zu stimmen: Das Kind, ein wohl-erzogenes Mädchen von etwa fünf Jahren, stand auf und balancierte auf der Bank herum, die den Fenstern entlang lief, machte die Fenster geräuschvoll auf und zu — die Eltern schienen es nicht zu merken. Wohl aber hatte das Kind gemerkt, daß zwischen Papa und Mama irgend etwas Unangenehmes vorlag, sich peinlich betroffen gefühlt und sich, kindlich-schüchtern, aus der Gemütsatmosphäre entfernt: spielend, so als ob es nicht merke, im Innern beunruhigt, dabei im Spiel genau nach den Eltern hinhörte — mitführend, mitleidend.

Die Dame hatte blaue Augen, blondes Haar, eine etwas natural klingende Stimme, aus der Stephan zwar eine gewisse Verbe, aber auch Intelligenz und Grabsheit der Mann gegenüber glaubte herauszuhören zu können, sprach bestig, ein wenig beleidigt, auf den Mann ein. Dieser hatte ein dunkelbraunes, schwarzes Haar, war noch recht jung, schien keineswegs von den Ausfahrungen seiner Frau überzeugt zu sein. Er sprach zunächst kein Wort, hörte nur aufmerksam, anscheinend sehr lächelnd, zu. Der Dame traten Tränen in die Augen, sie sprach mit schluchzender Stimme weiter, der Mann blieb schweigend. — Stephan hatte das Gefühl, daß die Frau in dieser Art jeden Mann überzeugt hätte — ihren überzeugte sie nicht. — Das Kind erriet die gestörte Verhältnisse der Situation und kam zurück, setzte sich auf seinen Platz, hatte noch einem Ausweg gesucht, ein neues Thema erwogen und richtete nun an Papa und Mama Fragen, die das bestellte Essen betrafen. Die Frau trocknete ihre Tränen, blickte nach Stephan hinüber, schien sich nicht blamiert zu fühlen; war verheiratet genug, um auf die Kritik der Umwelt keinen Wert legen zu müssen.

Die Kellnerin brachte die Suppe und ging wieder. Die Frau wollte wieder anfangen zu reden, Tränen standen ihr wieder in den Augen. Der Mann sagte bestimmt, er wolle in Ruhe essen. Die Frau schwieg, schluckte für sich weiter. Der Mann sah in Ruhe — Das Kind löste die Suppe und sah über den Tisch hinweg abwechselnd Papa und Mama an, unglücklich dorthin, nicht helfend eingreifen zu können. Versuchte es, allerdings ohne Erfolg, durch Herbeiziehen von allerhand kindlichen Themen. Man sah und schwieg. Das Kind drückte sich wieder, sobald es mit der Suppe fertig war, und balancierte wieder in seinem zu kurzen, karierten Kleidchen, das die weißen Höschen sehen ließ, auf der Fensterbank herum. Die Frau sah wieder an mit Reden und Weinen.

Stephan lächelte; sie redet und weint aus Liebe. Die Frau tat ihm leid. Er schickte aber sein Zeitungsbild hinaus hinüber zu ihr, peinlich bemüht, nicht als Beobachter von ihr entdeckt zu werden; feinerweise sollte sie sich nicht schämen müssen. Er tat so, als ob er nicht höre, nicht sehe.

Endlich fing auch der Mann an zu reden. Das Kind, am anderen Ende der Bank, hörte auf den Ton seiner Stimme, erkannte ihn — spielte komisch weiter: noch ist der feilsche Punkt nicht überschritten. Das dachte auch Stephan. Der Mann sagte nur etwa: das will ich ja gerade nicht! Die Frau verschwendete weiter weinernd Liebe, Vergebens — der Mann blieb kalt. Die Kellnerin brachte das Fleisch und Gemüse. Das Kind kam zurück, sah auf und schwieg und dachte. Das Kind sortierte mit rührend mädchenhaften Kinderhändchen die Kabeln in den Haarschnecken, die es über den Ohren trug und hat den Papa, der zu helfen. Der tat es. Die Mutter vertrieb das Kind auf das Essen.

Diesmal ging das Kind nicht mehr fort, nachdem es gegessen hatte. Es mußte fürchterlich leiden! Stellte sich zwischen Papa und Mama — Stephan sah die drei Köpfe in einer Reihe —, sagte kein Wort und sah abwechselnd mit seinen kindlich-großen Augen, vertraut und doch wie schüchtern, verächtlich, Vater und Mutter an. Papa nahm seine linke Hand, Mama die rechte, sahen sich an und schwiegen.

Gewiß, die Auseinandersetzung war noch nicht ganz beigelegt, das wußte Stephan, als er jetzt ging, aber er fühlte stärker den Eindruck dieser drei Köpfe — und den wollte er sich nicht verweisen lassen.

„Der Dahnentempel“ von P. Lautensack. Vor „gelobtem Publikum“, das die Ehre mit 20 bis 30 M. bezahlte, wurde, gelangte in den „Münchenamerikanischen“ des toten Heinrich Lautensack niederbayerische Trogloditen „Dahnentempel“ zur Krausführung. Sechs Widerbogen aus dem Leben eines kleinen Ortes in Niederbayern zeigen zum demalt, doch in ihren Zusammenhängen jeder den Dahnentempel um Innogen, die gefällige Dame des Ortes. Tiefes Naturstudium ist eine Art Aktiengesellschaft, an der alle Honoratioren des Ortes beteiligt sind. Man vertritt

sich dabei, bis — der kratzerste Gendarm plötzlich Eiferstunde anwandlungen bekommt und die erlauchte Spießhose anzuzeigen sich vornimmt. Diese Absicht bringt das ganze Dorf durcheinander. Da kommt Innogen und sagt ihm die Liebe aus. Es ist Abend, und man befindet sich zwischen den zwei Bäumen, die in den Kammerpfeifen den Wald vorkellen. Der Gendarm überwältigt die Liebe, wird aber vom Apotheker und dem Kommandanten überfallen und — fällt durch einen Schuß des Apothekers. Es gelingt, dem Totschlag den Anschein des Selbstmordes zu geben, und weil der hohle Gendarm nun gefallen ist, werden es sich die anderen Hähne wieder auf gehen lassen.

Genieser Einfall. Bittere menschliche Verletzungen und humorige Kleinmalerei zeichnen das Drama aus. Dilettantisch sind die Unfertigkeiten und Ungeheulten einer bis zu leichter naturalistischer Kleinmalerei sich ausbreitenden didaktischen Freude. Der Regisseur-Dilettant spielte dieses im Naturalismus durchaus verwurzelte Stück zwischen schwarzen Tüchern. Die Darstellung fand für die herben Vorgänge einen einfachen, aber starken Ausdruck.

Die Zugsteuer auf Kunstwerke angenommen. In den Reichsratsverhandlungen der letzten Tage ist nun die Entschluß gegen die Künstlerhaftigkeit gefaßt: das Reichsfinanzministerium hat in der Frage der Zugsteuer gestimmt. Während alle anderen freien Berufsstände nur 1/2 Proz. Umsatzsteuer zahlen, sollen die bildenden Künstler als „Kleinhandler“ 15 Proz. entrichten. Und zwar nicht nur von ihrem Verdienst, sondern auch von ihren Kosten. Wodurch die Fraktionen noch die Regierungen wollen diese Steuer, die dem Staat wegen der vollständigen Kontrolle nichts bringt, aber die Künstler schwer schädigt.

Esperanto in der Schule. Für die Teilnehmer an der Reichsschulkonferenz fand eine Versammlung statt, die über die Einführung des Esperanto in den Schulen verhandelte. Prof. Ad. Schmidt und Prof. Rohrbach referierten, der letztere besonders über die Erfolge, die er an seiner Schule mit der verhältnismäßig Einführung des Esperanto als erster Fremdsprache gehabt hat. Das Hauptinteresse bot die von Lehrer Wilhelm Wittbrodt vorgeführte Esperantoklasse von 13 zehnjährigen Schülern. Der Unterricht wurde vollständig in Esperanto erteilt, das die Kinder fließend sprachen, obwohl sie erst seit November wöchentlich zwei Stunden Unterricht gehabt haben. Zum Schluß sprach Prof. Weisamp über die logische Schulung, die der Esperantounterricht gewährt.

Kunstchronik. Die Sommerausstellung der Freien Sezession wird Ende dieses Monats geschlossen. Sie ist auch Sonntag bis 7 Uhr abends geöffnet. — Prof. Rudolf Hellmuth, der in London der deutschen Kunst durch Ausstellungen die Wege öffnete, stellt vom 17. bis 19. Juni, nachm. von 2-7 Uhr, im Atelier 150 in der Poststraße für die bildenden Künste die Bilder aus, die er als Zivilinternier in England gemalt hat.

Erhebung für das Vaterland oder für die Wissenschaft? Neben dieses Thema spricht der Genosse Weiss-Dozent Dr. Seibel (Aktion) am Mittwoch, 16. Juni, abends, im Saal 140 der Universität, Eintritt frei, Diskussion. Veranstalter ist die Vereinigung der sozialistischen Studenten Groß-Berlins.

Wer verteuert den Wohnungsbau?

Zu unserem Artikel „Die Zement- und Kalkindustrie fordert Ausfuhrerlaubnis“ im Montag-Abendblatt des „Vorwärts“ erhalten wir folgende sachkundigen Ergänzungen, die weitest Verbreitung finden sollen:

Die Erklärung, daß die Lohnerhöhung nicht aus eigenen Mitteln der Arbeitgeber erfolgen kann, entspricht nicht den Tatsachen, was aus nachfolgenden Zahlen hervorgehen dürfte. Alle bisherigen Lohn- oder Preissteigerungen wurden automatisch mit einem unproportionalen Mehrerlös für die Fabrikanten auf die Verbraucher abgewälzt. Auch die jetzt geforderte Lohnerhöhung soll zu einem steigenden Geschäft für die Zementfabrikanten benutzt werden, indem diese mit dem Hinweis auf die Lohnerhöhung die Ausfuhrerlaubnis für Zement verlangen. Doch höhere Löhne auch ganz ohne die Ausfuhrerlaubnis bewilligt werden können, geht aus den nachstehend aufgeführten Zementpreisen hervor.

Es kostete beispielsweise 1 Tonne Zement

vor dem Kriege		1898.	
ab 1. 1. 1917	465,-	ab 1. 10. 1910	1608,-
ab 1. 1. 1918	650,-	ab 1. 12. 1902	1692,-
ab 1. 1. 1919	803,-	ab 1. 1. 1930	1784,-
ab 1. 1. 1919	803,-	ab 1. 2. 1900	2000,-
ab 1. 4. 1919	925,-	ab 1. 3. 1900	3900,-
ab 1. 5. 1919	1295,-	ab 1. 4. 1900	4061,-
ab 1. 8. 1919	1535,-		

Besonders unerschämmt waren die Preisfestsetzungen in diesem Jahre. In jedem Monat trat eine bedeutende Preiserhöhung ein, so daß sich der im April geforderte Preis gegenüber dem Januarpreis mehr als verdoppelt hat. Der heutige Zementpreis beträgt also mehr als das 18fache des Friedenspreises, während die Löhne nur um das 6-7fache erhöht sind. Der Deutsche Zementbund, die wirtschaftliche Interessenvertretung der Zementfabrikanten, hat es während des ganzen Krieges und auch noch nach der Revolution durch die Selbstbewirtschaftung verhindert, den Zementfabrikanten die Löhne zu fällen. Erst seit dem 1. März dieses Jahres wurde diesen unbilligen Zuständen ein Ende gemacht, indem die Zementbewirtschaftung einer amtlichen Stelle übergeben wurde. Bisher konnten aber die Herren Fabrikanten schalten und walten wie sie wollten. Das fehlende Reglement brachte es mit sich, daß einzelne Zementfabriken mehr Kohle verbrauchten als sie Zement abschickten, während in Wirklichkeit die doppelte Zementmenge hätte abgeliefert werden müssen. Es wäre interessant, nachzuforschen, an wen diese ungeheuren Kohlenmengen verschoben wurden. Seit der amtlichen Bewirtschaftung scheinen sich die Verhältnisse gebessert zu haben. Die Preise erdrosseln den so bitter notwendigen Bau von Kleinwohnungen, und es wird nicht lange dauern, bis die gesamte Bautätigkeit einestiefen ist. Dies ist aber den Herren Fabrikanten gar nicht so unangenehm. Im Gegenteil, es paßt ihnen in ihren Kram, denn nun stellen sie sich wahrscheinlich in nächster Zeit hin und sagen: „Seht doch, wir fabricieren ja mehr Zement als ihr verbrauchen könnt! Da wir so tüchtig sind, werdet ihr uns wohl auch die Erlaubnis zur Ausfuhr geben.“ Wird diese Ausfuhrerlaubnis erteilt, so wird damit die letzte Hoffnung auf eine Besserung der Wohnungsnot zu Grabe getragen. Dann wird der billige deutsche Zement ins Ausland gehen und womöglich unter anderer Flagge wieder nach Deutschland zurückkommen.

Hier muß die Regierung stark zupacken. Es geht um die vitalen Interessen der Volkswirtschaft, die wohl wichtiger ist als der bessere Verdienst der Zementfabrikanten. Die einzig richtige Antwort auf diesen neuen schamlosen Ausbeutungsversuch dieser Großkapitalisten ist: Sozialisierung der Zementwerke und aller sonstigen Baumaaterialienfabriken.

Die Verhaftungen von Ludwigshafen.

Malay, 16. Juni. Wie die „Rheinische Volkszeitung“ meldet, ist im Zusammenhang mit den Verhaftungen in Ludwigshafen der sozialdemokratische Arbeitersekretär Erzhner in Mainz von den Franzosen verhaftet worden. In Wiesbaden wurden von den Franzosen bei dem sozialdemokratischen Arbeitersekretär Bisler, dem Redakteur Lindig, dem Parteisekretär Witte und dem Journalisten Beck Hausdurchsuchungen vorgenommen, wobei einige überall erhältliche Broschüren beschlagnahmt wurden. Der Grund zu den Hausdurchsuchungen wird von den Franzosen geheim gehalten.

Mannheim, 16. Juni. Aus Anlaß der Verhaftung von Arbeiterführern fanden gestern, wie die „Neue Badische Landeszeitung“ meldet, in Ludwigshafen mehrere Versammlungen der bereits streikenden Arbeiter statt. Es wurde eine Entschließung angenommen, in der erklärt wird, daß, falls die Franzosen die verhafteten Arbeiterführer nicht bis Freitag mittag 12 Uhr freigelassen haben, im ganzen besetzten Gebiet der Generalfstreik erklärt würde.

Revision des türkischen Friedens?

Paris, 15. Juni. Nach einer Londoner Meldung des „Temp“ surfert schon seit einiger Zeit das Gerücht, daß, um zu verhindern, daß Kleinasien der Anarchie verfallt, der Oberste Rat gewisse bedeutende Änderungen der türkischen Friedensverträge in Aussicht nimmt. Eine Amalphäre der Beunruhigung scheint in Konstantinopel zu herrschen, seitdem sich die nationalistischen Streitkräfte von Mustafa Kemal Pascha nicht nur ganz Kleinasien, sondern auch der asiatischen Küste des Rarmarameeres mit Ausnahme von Ismit, wo sich noch eine türkische Garnison halten könne, bemächtigt hätten. Die türkischen Nationalisten hätten sich auch der Insel Marmara bemächtigt, die die Schiffszahrt, die von Galatipoll nach Konstantinopel fährt, beherrscht.

Paris, 15. Juni. Nach einer Spätmeldung aus Teheran vom 14. Juni hat sich die schon beunruhigende Lage in Mesopotamien in den letzten Tagen verschlimmert. In Mosul seien schwere Unruhen ausgebrochen. 8000 Araber hätten die Staatsgebäude angegriffen. Man meldet zahlreiche Tote. Die Verbindungen mit Bagdad seien abgeschnitten; auch in Hanybes hätten blutige Zusammenstöße stattgefunden. In Bagdad seien die Manifestanten vor das Volksgewaltamt gezogen, um die Befreiung der politischen Gefangenen zu verlangen. Auf dem Tigris seien englische Schiffe geplündert und die Besatzung getötet worden.

Ministerkrise in Norwegen.

Kopenhagen, 16. Juni. Wie die Blätter aus Kristiania melden, hat das Storting gestern das Wegschaugetz des Ministeriums Knudsen mit 74 gegen 51 Stimmen abgelehnt. Infolgedessen wurde Ministerpräsident Knudsen heute mit der ganzen Regierung zurücktreten. Man glaubt, daß der König den Stortingpräsidenten Parvoriun ersuchen werde, die neue Regierung zu bilden.

Neuwahlen in Oesterreich.

Wien, 16. Juni. In Beurteilung der inneren Lage stellen die Blätter fest, daß alle Parteien in der Ansicht über eine Notwendigkeit baldiger Neuwahlen übereinstimmen. Dagegen scheint die Fortführung der Regierungsgeschäfte bis zur Auflösung der Nationalversammlung durch das bisherige Kabinett nach der Stimmung bei den Christlichsozialen ernstlich in Frage gestellt. Deren Parteiblätter „Reichspost“ und „Deutsches Volksblatt“ zeigen sich über die Neuwahlung des Staatskanzlers Kenner in der vorgeschriebenen Wählerversammlung sehr verstimmt und erklären es als ausgeschlossen, daß die provisorische Regierung mit Kenner an der Spitze im Amt bleiben könne.

Das Programm der Fraueninternationale.

Der internationale Frauenstimmrechtverband, der augenblicklich in Genf tagt, nahm folgendes Arbeitsprogramm an:

1. Die Frauen sollen dieselben günstigen Gelegenheiten betriebs Ausbildung und Eintritt in Industrien, Berufe und Aemter wie die Männer haben.
2. Die Frauen haben den gleichen Lohn wie die Männer für die gleiche Arbeit zu bekommen.
3. Das Recht auf Arbeit für verheiratete und unterverheiratete Frauen soll anerkannt werden. Spezialbestimmungen sollen nur auf Wunsch der Frauen festgesetzt werden. Alle Gesetze die Mutterschaft der Frau betr. müssen so festgesetzt werden, daß die ökonomische Stellung der Frau nicht gehindert wird, und daß alle zukünftige Arbeitsregulierung auf Gleichheit zwischen Mann und Frau hinwirkt.
4. Mädchenhandel, Prostitution und alle Gesetze, die einem Klassenunterschied der Frauen Vorbehalt leisten, sollen abgeschafft werden.
5. Feststellung der Vaterschaft als Gesetzespflicht. Pflicht des Vaters sein uneheliches Kind während der Unmündigkeit wie ein eheliches zu unterhalten und zu erziehen, Pflicht des Vaters die Mutter des unehelichen Kindes während der Schwangerschaft zu unterstützen.

Groß-Berlin Armes Volk.

„Die einzige Möglichkeit unser armes Volk wieder emporzubringen, ist Arbeit und wieder Arbeit“, sagte der Schieber und verweilte bei seinem zweiten Frühstück (Räucheraal, Erbbeeren, Burgunder) noch eine Stunde.

Der Lehrer: „Das einzige, was unform armen Volke helfen kann, ist die Heranbildung charakterfester, unbeugsamer Männer. Meier, nennen Sie mir aus der Geschichte noch ein paar Beispiele solcher echt deutschen Gesinnung.“

Der Schüler: „Karl Marx, Lassalle, Bebel, Liebknecht.“
„Sehen Sie sich. Ich werde Sie wegen Ungebühr ins Klassenbuch eintragen.“ Antworten Sie, von Krachwitz, auf meine Frage.“

„Dermann, der Cherusker, Tirpitz, Lubendorff.“
„Ausgezeichnet, lieber Freund. Unser armes Volk wird noch Freude an Ihnen erleben.“

„Und darum, anständige Gemeinde, gibt es für unser armes, gedemütigtes Volk nur eine Möglichkeit zum Aufstieg, das ist vorläufig die Zähne zusammenbeißen, aber wenn die Stunde der Vergeltung gekommen ist, blutige Rache an den Feinden zu üben für die Schmach, die sie über unser unschuldiges Vaterland gebracht haben.“

Nach fünf Minuten: „Und vergib uns unsere Schuld, wie auch wir vergeben unsern Schuldigern.“

„Ich kenne keine Parteien mehr. Ich kenne nur noch Abkommen“, sagte Stinnes und kaufte die neunhundertunundneunzigste Zeitung.

Der Ehegatte als Heiratschwindler.

Ein eheliches Betrugskomplott.

Daß ein Ehepaar gemeinsam, um sich auf betriebsmäßige Weise größere Geldmittel zu verschaffen, auf den Heiratschwindel ausgeht, gehört sicher auch in Berlin zu den Selbstenheiten.

Eine heiratstiliche Dame aus dem Westen Berlins lernte auf eine Anzeige hin einen jungen Mann kennen, der sich ihr als Apotheker und Chemiker Kothe vorstellte. Sie fand Gefallen an ihm, und nach mehreren Zusammenkünften entschloß sie sich auch, sich mit ihm zu verloben. Kothe erzählte nun, daß sich eine günstige Gelegenheit bietet, ein eigenes Geschäft zu erwerben. Die Braut, die bisher schon für 5000 M. Schmuckstücke hergegeben hatte, um den Bräutigam aus augenblicklichen Verlegenheiten zu helfen, schöpfte keinen Verdacht und ging ahnungslos auf einen Geschäftslauf ein. Sie beschaffte 30 000 M. und beschloß, mit dem Bräutigam hinzufahren und den Kaufvertrag sofort zu vollziehen. Kothe sagte Wert darauf, nicht allein mit seiner Braut zu fahren und besorgte in seiner Schwester die Kantarbstämme. Dieser wurde auf der kurzen Fahrt so schlafend, daß sie sich außerhande erklärte, den Weg von dort nach Neu-Rittow, wo sich das Geschäft befand, fortzusetzen. Sie mußte in Eilfertigkeit abfahren, um sich für die Rückfahrt zu erhalten. Das war ein böser Zwischenfall, wie Kothe meinte. So fand er wieder allein mit seiner Braut da und der Vertragsabschluß drängte. Es gab keinen anderen Ausweg, als daß er sich allein aufmachte und die Braut bei seiner fränken Schwester zurückließ. Erst jetzt erhielt er die 30 000 M., die bisher die Braut selbst in Verwahrung behalten hatte. Nach geräumiger Zeit kam er in der besten Stimmung zurück. Er brachte den vollen eigenen Betrag und ein großes Warenverzeichnis mit, nach dem das Geld durchaus sichergestellt war. Die Schwester hatte sich unterdessen wieder erholt, und man fuhr befriedigt nach Berlin zurück. Das Aufgedrösel wurde bestellt und ein Tag der Hochzeit festgesetzt. Drei Tage vorher schrieb die Dame an ihren Bräutigam nach Rantow eine offene Postkarte. Aus dieser ersah seine Witwe, daß Kothe Hochzeit vorbereitete. Sie hatte aber unterdessen erfahren, daß er ein Schwindler war und begab sich zu seiner Braut, um sie zu warnen. Diese eilte sofort zur Kriminalpolizei und befragte den Bräutigam so genau, daß die Beamten in ihm sofort einen allen Bekannten vermuteten. Sie legten der Braut ein Bild aus dem Verzeichneralbum vor, und hierauf wurde der „Apotheker und Chemiker Kothe“ festgestellt als ein früherer Kaufmann Otto Widuweit, der wegen Stahlschleichens und anderer Betrugsdelikte schon einmal verurteilt mit Ausschluss vorbestraft ist. Widuweit ist außerdem verheiratet und wohnt mit seiner Frau in der Köpenicker Straße. Das Zimmer hatte er nur für Schwindelzwecke gemietet. Seine Frau stand so unter seinem Zwange, daß sie sich bereitfinden mußte, die Rolle seiner Schwester zu spielen.

Alle man Widuweit festnehmen wollte, war es bereits zu spät. Er hatte seine ganze Wohnungseinrichtung verkauft und war mit

seiner Frau verschwunden. Die weiteren Ermittlungen ergaben, daß er auch einen umfangreichen Stellenwechsel betriebe haben hat. Für eine Schlingengründung unter der Firma „Chemisches Laboratorium Merkur“ hatte er Teilhaber und Angestellte mit Kapitalanlage und Bürgschaft gesucht und gefunden. Auf diese Weise hatte er Leuten, denen er in seinem „Laboratorium“ allerlei Vorschriften als chemische Präparate zeigte, Beträge bis zu 10 000 Mark abgenommen.

Schwurgerichtsfestung im Zuchthaus.

Die Mauterei der Brandenburger Zucht-Häuser beschäftigte die diesjährige zweite Schwurgerichtsperiode in Potsdam. Die Potsdamer Justizbehörden glaubten das Zuchthaus nicht unternehmen zu können, die teils zu hohen Zuchthausstrafen verurteilten Schwerverbrecher nach Potsdam zu deportieren. Die Verhandlung findet daher in der Strafanstalt zu Brandenburg statt. Die Anklage richtete sich gegen Benz und 8 Mitverbrecher, darunter der türkische Leutnant Schult. Zur Verhandlung, die am Freitag und Sonnabend stattfand, sind in Brandenburg Hülfsjuroren aufgestellt worden. Neu in die Erscheinung treten für die Geschworenen die durch Gesetz um das Vierfache erhöhten Tagelöhner. An sonstigen Gebühren können an Aufwandsentschädigung täglich bis 40 M. und für Kochlohn bis 12 M. gewährt werden. Der Zutritt zur Verhandlung ist nur mit Karten gestattet, die nur in den dringlichsten Fällen ausgegeben werden. Zur Verhandlung sind umfassende Sicherheitsmaßnahmen vorgezogen.

Nächste Sitzung. Kurz nach 10 Uhr abends stürzte sich gestern ein Mann in Uniform über das Geländer der Weibentammer Brücke in die Spree. Aus der großen Menge von Passanten, die den Vorfall beobachtet hatten, sprangen kurz entschlossen der Portier Sadow und der Gewerkschaftsangehörige Tusch dem Ertrinkenden nach und retteten ihn unter Lebensgefahr. Nach vorangefundenen Militärpapieren handelt es sich um einen ehemaligen Jäger Kurt v. Bergahl. Aus seinen Angaben war Arbeitslosigkeit und Mangel an Mitteln die Ursache des mitleidigen Selbstmordes.

Verammlung aller Westpreußen des Bezirks Osten und Västern am 17. Juni, abends 7 Uhr, in den Androseschälen, Androsstr. 21. Ausföhrung über die Abstimmung.

Abstimmungsverechtigte Oberförster!

Erstreckt sich zahlreich am: Sonnabend, den 19. Juni 1920, abends 6 Uhr. Sommerfest der Ortsgruppe „Osten“ in Müritzen, Seeferrasse. — Sonnabend, den 19. Juni 1920, abends 8 Uhr. Sommerfest der Ortsgruppe „Seelig“ in Dahlem, Königin-Luise-Str. 40. — Montag, den 21. Juni 1920, abends 7 Uhr. Gründungsfeierabend der Ortsgruppe „Gobanldshausen“, Dorfstraße 41/42. — Dienstag, den 22. Juni 1920, abends 7 Uhr. Ortsgruppe „Korben III“, Tharandstraße, Schausstr. 15. — Dienstag, den 22. Juni 1920, abends 6 Uhr. Sommerfest der Ortsgruppe „Nordwehen“ im Vahnenort, Tharandstr. 25/26. — Mittwoch, den 23. Juni 1920, abends 7 Uhr. Ortsgruppe „Korben IV“, im Kleinen Schloßstr. 1, Rantowstr. — Freitag, den 25. Juni 1920, abends 7 Uhr. Ortsgruppe „Sachsen“, im Alexanderstr., Alexanderstr. 37a. — Sonnabend, den 26. Juni 1920, abends 6 Uhr. Sommerfest der Ortsgruppe „Weihenlee“, Albrechtstr. 15. — Montag, den 29. Juni 1920, abends 6 Uhr. Sommerfest der Ortsgruppe „Wilmerdorf“, Aldegardstraße bei Stramm. — Dienstag, den 30. Juni 1920, abends 6 Uhr. Sommerfest der Ortsgruppe „Königsberg“ in Schlachtenstr. Neue Mäherstraße. Bezirksgruppe Groß-Berlin Heimatstreuer Oberförster, Schöneberger Str. 2.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Heute, 16. Juni.

Wahlvorsitztag 19 Berlin-Pantow. Die angekündigten Orte: Berlin-Niederschönhausen Landgemeinde, Niederschönhausen Ostbezirk mit Kolonie Söhnholz, Berlin-Nordost Landgemeinde außer Ostteil westlich der Liebenwalder Bahn und Ostteil Hofstraße I (Waldenstraße), Berlin-Königsberg Ostbezirk, Klantenstraße Landgemeinde, Klantenstraße Ostbezirk, Berlin-Dahlem, Buch Landgemeinde, Buch Ostbezirk, Rantow, Klantenburg Landgemeinde, Klantenburg Ostbezirk, Berlin-Grünowstr. Die Vertretungsleute von vorstehenden Orten haben sich spätestens bis Donnerstag abend 8 Uhr in der Wohnung des Vorsitzenden im Hotel „Waldenstraße“, Kaiser-Wilhelm-Edel-Eigenstraße, Ref.: Genossin Lorenz, 45, Telefon 891.

28. Hbt. 6 Uhr bei Gutmann, Marktenburger Straße 1, Flugblattverteilung. Bezirksführer Wahlbesprechung.

Morgen, 17. Juni:

Pantow. 6 Uhr: Flugblattverteilung.
28. Hbt. Flugblattverteilung findet von den Lokalen Müllbach, Landwehrer Allee 188, Albrecht, Erichmannstr. 42, Lubotte, Nollhofstr. 1, Bauer, Dr. Frankfurter Str. 1, Gollie, Friedrichsberger Str. 22 aus, statt.
37. Hbt. Genossen, besuch zur Flugblattverteilung: Qübner, Büdnauer Straße 34, von 5 Uhr ab.

41. Hbt. Flugblattverteilung von 5 Uhr ab bei Tisch, Stromstr. 26, um 6 Uhr: Wahlzellen, Wilhelmshavener Straße, Ecke Viktoriastraße bei Tisch, Charlottenburg, 14. Gruppe. 7 Uhr: Jageladen bei Urndt, Rantowstr. 51.

Niederschönhausen. 7 1/2 Uhr in der Aula des Theaters, Kaiser-Wilhelm-Str. 15, öffentliche Versammlung. Referent: Gen. Karl Deyhholz, Stadtverordneter. Freitag, den 18. Juni: Flugblattverteilung. Material von Schiedener, Dresdenerstr. 14, abholen. — 7 1/2 Uhr: Frauenabend im Lokal „Waldenstraße“, Kaiser-Wilhelm-Edel-Eigenstraße. Ref.: Genossin Lorenz.

Schmargendorf. 8 Uhr: öffentliche Kommunalmählerversammlung im Goeckebaum, Spandauer Straße.
Niederschönhausen. 7 1/2 Uhr bei Wegmüller, Bismarckstr. 2. Genossin Frau Kramm, Bismarckstr. 2, öffentl. Kommunalmählerversammlung. Tagesordnung: Die vorstehenden Bezirks- und Stadtverordnetenwahlen. Ref. Gen. Rothmann.

Sport.

Der gestrige internationale Vorkampftag, den die unter Leitung des Herrn Buch stehende Nationale Vereinigung zur Förderung des Boxkampfes im Zirkus Buch veranstaltete, war in jeder Beziehung ein voller Erfolg. Ein sportliches Ereignis ersten Ranges war vor allen Dingen das Zusammentreffen der Leichtgewichtmeister Jacobson-Dänemark (107) und Richard Kaujock-Deutschland (120). Beide Gegner zeigten ein ausgezeichnetes Können. Bei dem Längen viel besonders seine bewundernswürdige Gewandtheit und Trefflichkeit hervor. Die beiden hohem Können gegenüber kam selbst der Gewichtsvorteil des Deutschen niemals zur Geltung. Kaujock erlitt trotz tapferer Gegenwehr keine zweite, aber eine ehrenvolle Niederlage. Jacobson gewann den Kampf nach Punkten. Weniger erfolgreich war das Zusammentreffen des deutschen Schwergewichtlers Hugo Bobzuhn (158) mit dem italienischen Schwergewichtmeister Spalla (162). Der Deutsche triff seinen mächtigen Gegner, der über einen ausgezeichnet durchtrainierten Körper verfügt, sofort sehr hart an, mußte aber schon in der ersten Runde zu Boden und kehrte am Ende derselben, nachdem er seinen Gegner ebenfalls zum Niederlegen zwang, fast blutend in seine Ecke zurück. In der zweiten Runde rettete ihn das Plagen seines Handschuhs vor dem sicheren Niederlag. Nach der dritten war er bereits ein geschlagener Mann, der nur unter Aufbietung aller Energie noch die vierte Runde durchstehen konnte, um in der fünften den anschließenden Kampf auszusuchen. Der eintreffende Kampf wurde von dem Münchener Spörl (127) nach Punkten gegen Müller-Turkheim (181) gewonnen.

Feststellung der Vorkampftage. Der Verband Deutscher Kampfkämpfer stellte folgende Vorer als „Meister von Deutschland“ in ihren Gewichtsklassen fest: Reich Kollauf-Köln im Federgewicht (bis 115 Pf.), Richard Kaujock-Berlin im Leichtgewicht (bis 128 Pf.), Fritz Dubois-Essen im Mittelgewicht (bis 145 Pf.) und Hans Freize-Köln im Schwergewicht (über 160 Pf.).

